

Beschluss (vorläufig) Kapitel 3: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: LDK
 Beschlussdatum: 20.03.2021
 Tagesordnungspunkt: K-3 Kapitel 3

1 3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

2 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und niemand darf dabei
 3 zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, People of Colour, Kinder, ältere Menschen,
 4 prekär Beschäftigte, Soloselbständige, Erwerbssuchende, Menschen mit Behinderung und
 5 geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Die Corona-
 6 Pandemie hat diesen Zustand weiter verschärft, viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren.
 7 Sie alle suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Auch Soziale Träger
 8 werden mehr und mehr aus der Stadt verdrängt. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle sicher
 9 wohnen, teilhaben und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Auch in der kommenden
 10 Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität

11 Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!

12 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneilt,
 13 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
 14 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
 15 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
 16 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
 17 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
 18 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
 19 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
 20 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
 21 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
 22 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
 23 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
 24 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
 25 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Diesen Weg
 26 wollen wir weitergehen: Wir bauen Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir
 27 erwerben die Stadt Stück für Stück zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen
 28 Merkmal des Berliner Mietemarktes zu machen. Dabei ist klar: Solange der Wohnungsmarkt
 29 angespannt bleibt, kann der Mietendeckel 2025 nicht ersatzlos auslaufen, sondern muss auf
 30 Grundlage eines Miet- und Wohnungskatasters weiterentwickelt werden..

31 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

32 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
 33 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
 34 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
 35 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
 36 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
 37 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung
 38 des Mindestlohnes einsetzen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
 39 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
 40 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
 41 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich

42 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
43 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
44 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
45 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
46 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
47 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
48 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
49 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in
50 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
51 Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut ganzheitlich an. Denn gute
52 frühkindliche Bildung, gute KITAS und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, ein
53 durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, all das ist
54 entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in all diesen Bereichen werden wir
55 aktiv unterstützen.

56 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

57 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
58 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
59 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
60 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
61 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
62 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
63 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
64 und Selbstbestimmung.

65
66 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in
67 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte
68 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute
69 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen.
70 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen
71 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr
72 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote
73 zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für die Berliner Krankenhäuser erhöht,
74 zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung gestellt und wollen bei der
75 Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und bedarfsgerechte Strukturen
76 legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und bleibt ein bündnisgrünes
77 Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns
78 nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein –
79 insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung
80 wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen;
81 dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

82 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
83 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
84 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
85 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
86 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
87 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
88 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
89 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

90 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
91 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
92 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
93 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
94 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
95 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen
96 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel
97 sollen an dem ermitteltem Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
98 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
99 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
100 parallel zu ambulanten Fachärzt*innenpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
101 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
102 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

103 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie für
104 die grüne Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der
105 Versorgung herzustellen.

106 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegulungen für Beamt*innen verändert, so
107 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
108 bundesweit umsetzen.

109 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

110 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
111 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
112 und mit zu gestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der
113 Gesellschaft bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse
114 angewiesen sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in
115 Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten,
116 längere Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung
117 von Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
118 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
119 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

120 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
121 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
122 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb wird
123 die Politik für eine inklusiven Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter Beteiligung
124 der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von Landesbeirat
125 und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den Senatsverwaltungen
126 bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen behinderter Menschen
127 und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das Berliner
128 Behindertenparlament.

129 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

130 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
131 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
132 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
133 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteure weiterhin konsequent
134 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
135 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand bringen.

136
137 Masterplan „50 Prozent Gemeinwohl“
138
139 Die Verpflichtung auf das Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt.
140 Fördern wollen wir aber insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen,
141 bezahlbare Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei
142 Mietgestaltung und Belegung soziale Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen
143 Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen,
144 Stiftungen und Hausprojekte sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen
145 Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für
146 alle Schichten verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr
147 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien
148 verpflichtet fühlen. Dafür brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix.
149
150 Wir setzen uns auch auf Bundesebene für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
151 (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - und nicht nur für 20 oder 30
152 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim
153 Wohnen deutlich aufzustocken.
154 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf
155 das Gemeinwohl ausgerichtet. Gleichzeitig versuchen wir mit dem Mietendeckel Ruhe in den
156 überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu stabilisieren.
157 Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf, dass wir alles tun, um
158 Wucher zu stoppen, trotz teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten
159 wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu
160 gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent
161 des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine
162 zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale
163 Gerechtigkeit und Klimaschutz.
164
164 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch
165
165 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
166 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
167 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
168 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
169 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
170 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
171 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
172 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
173 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
174 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
175 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
176 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
177 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
178 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
179 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
180 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
181 ebenso fördern.
182 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
183 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
184 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
185 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.

186 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
187 Quartieren.

188 Die Genossenschaftsförderung - für Neubauten wie Bestandsankauf - wollen wir deutlich
189 erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für Projekte
190 wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queerfeministische Hausprojekte sind
191 wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer mehr
192 sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden Lösungen
193 suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die Aufgabe
194 des Landes Berlin geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem
195 wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch Haushalte in
196 Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

197 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
198 was wir heute bauen klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW 40 beim Neubau und
199 KfW 55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen. Wir wollen
200 klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie
201 Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute entsteht das größte
202 Holzhochohaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen und wegkommen
203 von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und verbrauchen viel zu viele
204 Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir wirklich darauf angewiesen
205 sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei energetischen
206 Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Modernisierungsumlage in
207 ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen. Die Kosten
208 müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage
209 enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen Vermieter*innen,
210 Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen. Dabei dürfen nur noch
211 energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen umgelegt werden und muss
212 insgesamt zu höchst möglichen Effizienz führen. Durch eine energetische Sanierung schützen
213 Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel
214 ist es, dass die höhere Kaltmiete durch Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die
215 Warmmiete nicht steigt. Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders
216 berücksichtigt. Die öffentliche Hand leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen
217 wichtigen Beitrag, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und baut so die finanzielle
218 Unterstützung zur energetischen Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die
219 Kreislaufwirtschaft umsetzen und modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

220 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
221 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
222 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
223 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
224 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
225 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
226 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat - und damit
227 auch Berlin - hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
228 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
229 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

230 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
231 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
232 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
233 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
234 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
235 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten

236 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
237 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen
238 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
239 Wohnungen schaffen.

240 Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern

241 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
242 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
243 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
244 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht
245 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
246 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
247 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus
248 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
249 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
250 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
251 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
252 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
253 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können auch nach dem Auslaufen des
254 jetzigen Mietendeckels dieser weiterentwickelt, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt
255 schneller festgestellt und der Schutz der Mieter*innen besser gesichert werden.

256
257 Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet, dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30
258 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich
259 mutiger Reformen auf Bundesebene. Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss
260 an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt
261 auch zukünftig zu begrenzen. Wir werden alle Möglichkeiten der Landeskompentenz für das
262 Wohnungswesen nutzen, um eine soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in
263 Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass
264 Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden
265 wir in der nächsten Wahlperiode versuchen, einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

266 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
267 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
268 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
269 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
270 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR "Wohnraumversorgung
271 Berlin", die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
272 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
273 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einrichten. Auch die Mieter*innenräte sowie
274 Mieter*innenbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt
275 werden. Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt
276 öffentlichen Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern
277 wir eine tiefgreifende Strukturreform, damit deren Wohnungen wie die der landeseigenen
278 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden.

279
280 Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, haben wir in jedem
281 Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir
282 fortsetzen.

283
284 Um mieten- und stadtpolitische Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung
285 größeres Gehör in der Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des

286 "Initiativenforum Stadtpolitik" mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen. Um
287 Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen
288 Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen und Mitarbeiter*innen schulen.

289 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ Sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
290 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten, Entschuldungsgewinne“ sowie
291 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
292 Kontrolle bei der Mietberechnung.

293 Eigentum verpflichtet.

294 Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle Instrumente – wie
295 beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer Bodenwertsteuer mit
296 Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung unserer
297 bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin
298 für ein Verbot der Überwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

299 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
300 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
301 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
302 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

303 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
304 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
305 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
306 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
307 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
308 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
309 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

310 Die Stadt zurückerwerben

311 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
312 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potenzielle Käufer*innen mit
313 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen oder
314 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
315 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
316 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
317 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
318 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
319 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
320 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt.

321
322 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu
323 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
324 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietenspiegel und einen wirksamen
325 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemietler*innen
326 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
327 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
328 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

329 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
330 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
331 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.

332 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
333 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

334 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
335 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
336 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
337 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
338 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, die
339 angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit diesem Schritt entschärfen. Wenn es um die
340 Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative Kriterien zur
341 Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen sehen wir kritisch. Da der
342 Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt wurde, ist es umso wichtiger eine
343 verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu erarbeiten.

344 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

345 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
346 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
347 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen
348 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
349 Erbbaurechtsstrategie implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen
350 Konditionen ermöglicht. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen
351 wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im
352 Sinne einer "Taskforce" einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen
353 Lösungen finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden
354 Tisch Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

355 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
356 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
357 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
358 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartiersschwerpunkten soll Berlin
359 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
360 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden.
361 Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen
362 und die bürger*innenschaftliche und gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von
363 Community Land Trusts stärken. Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei
364 der Ausübung des Vorkaufsrechts

365
366 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie
367 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
368 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
369 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung.

370
371 Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu
372 senken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und
373 sind verpflichtet adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für
374 den freien Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung
375 ein. Zudem wollen wir Haushalte besser vor Strom- und Gassperren schützen, wenn sie
376 finanziell überfordert sind.

377 3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven 378 schaffen

379 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
380 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
381 gefährdet sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder
382 Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale
383 Sicherheit garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es
384 eines grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in
385 allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des
386 Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-
387 Regelsatz.

388 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
389 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
390 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer wird.
391 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
392 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
393 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
394 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

395 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

396 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
397 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
398 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell, finanziell oder durch strukturelle
399 Diskriminierung benachteiligt sind.

400 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
401 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
402 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
403 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
404 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
405 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
406 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

407 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
408 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
409 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
410 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die
411 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen,
412 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk
413 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da
414 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches
415 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in
416 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die
417 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in
418 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die
419 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen
420 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

421 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien
422 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen

423 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
424 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
425 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
426 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
427 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
428 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
429 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
430 unbürokratisch beraten können.

431 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
432 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
433 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
434 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
435 wiederholen wollen.

436 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

437 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
438 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.
439 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
440 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
441 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Auch Altersarmut braucht
442 Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit
443 Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die besten
444 Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze Stadt werden. In den
445 Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall gearbeitet. In
446 Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war ein Projekt zur
447 Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein
448 Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen.
449 Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung für
450 Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar, dass Betroffene in die
451 Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

452 Orientierung am Sozialraum der Menschen

453 Auch die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen
454 in ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
455 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
456 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
457 konsequente Umsteuern auf Prävention.

458 Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo sozialraumorientiert und damit präventiv
459 gearbeitet wird. Andernorts explodieren die Fallkosten. Über das Familienförderungsgesetz wollen
460 wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien, Senior*innen und Einzelpersonen
461 aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“, die Stadtteilmütter,
462 Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng
463 miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen
464 zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir in den Bezirken einheitlich
465 anwenden.

466 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
467 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, die Sozialeinrichtungen, die
468 Ämter und deren Angebote vernetzen und passgenau aufstellen.

469 Dazu wollen wir die Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen

470 und mit einer Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert
471 und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

472 Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

473 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
474 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
475 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
476 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
477 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
478 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
479 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
480 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
481 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
482 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können. Dafür wollen wir
483 stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern zusammenarbeiten.

484 Das Konzept „Housing First“ ausbauen

485 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
486 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
487 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
488 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz
489 „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag –
490 und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen
491 wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen
492 gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll
493 es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte
494 Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle
495 landeseigenen Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang
496 umsetzen zu können, wollen wir Wohnungen anmieten, um sie, begleitet von sozialer und
497 psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für
498 ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden diese
499 deutlich ausbauen und wollen mittelfristig auch private Eigentümer*innen in die Pflicht
500 nehmen, Housing-first-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzbare
501 Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu
502 eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im
503 Mittelpunkt.

504 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
505 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
506 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
507 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben. Mit der geplanten
508 Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GSTU) schaffen wir für die Unterbringung nach
509 Allgemeinem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit
510 die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

511 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
512 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
513 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
514 deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders
515 schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss
516 gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte reagieren wir auf die
517 große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Alle Plätze sollen stets mit

518 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
519 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem
520 sollen explizite Angebote geschaffen werden, die es Suchterkrankten ermöglichen, sicher zu
521 konsumieren. Wohnungslosen Menschen wollen wir auf Augenhöhe begegnen. Um gewaltsame
522 Räumungen von Obdachlosencamps zu vermeiden, wollen wir nach dem Konzept "Safe Places" auch
523 in Berlin Schutzräume ermöglichen. Wir wollen gewaltsame Räumungen verhindern. Wir setzen
524 uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Busgelder
525 somit nicht zu Ersatzstrafen führen können.
526 Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum. Wir
527 wollen, dass sie dort auch Schutz finden und beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen mit
528 kostenlosem Wasser versorgt werden.

529 Ein neues Landesamt für Unterbringung

530 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
531 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
532 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
533 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
534 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
535 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
536 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
537 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
538 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
539 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Zudem werden wir prüfen wie geflüchteten Menschen
540 unbürokratisch ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann.

541 3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

542 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge hiervon sind wir seit jeher überzeugt.
543 Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer Wucht zu
544 Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
545 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
546 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden sondern muss sich am Wohl der
547 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
548 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
549 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

550 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
551 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
552 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
553 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
554 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
555 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
556 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
557 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
558 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
559 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
560 auf den Bundesschnitt angehoben. Wir haben werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
561 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner
562 Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im
563 Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
564 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.

565 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
566 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
567 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
568 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essenversorgung
569 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
570 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
571 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
572 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
573 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
574 ist. Wir wollen die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin langfristig
575 sichern und den Fond, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht,
576 ausbauen. Der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter
577 einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund
578 um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS. Wir kämpfen für ein inklusives
579 Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist.
580 Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans* Menschen
581 müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen
582 Versorgung bekommen.

583 Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

584 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
585 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In
586 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
587 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen Personal und
588 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte Richtung Mustergesundheitsamt gehen. Wir
589 werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
590 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
591 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
592 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver
593 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
594 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
595 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
596 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre
597 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
598 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
599 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
600 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
601 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
602 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
603 anwendet.

604
605 Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen. Die
606 landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
607 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
608 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
609 hier u.a. auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung, aber auch
610 klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder klimaschädliche
611 Treibgase in Inhalationsaerosolen.

612 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
613 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
614 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

615 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

616 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen in
617 dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA - es gibt viele
618 Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind
619 Mangelberufe und ihre Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch
620 nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen
621 Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern.
622 Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir
623 die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer
624 Senkung der Arbeitsstunden. Auch hier stehen wir für eine 35 Stunden-Woche ein. Auch die
625 Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und
626 Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder
627 zu diskriminierenden Vorfällen und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir
628 Anlaufstellen für betroffene Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische
629 Einrichtungen dabei unterstützen verbindliche Strategien gegen strukturelle
630 Diskriminierungen, Sexismus und für eine diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu
631 entwickeln.

632 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
633 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
634 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
635 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.
636 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
637 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander
638 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
639 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
640 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

641 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

642 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
643 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
644 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
645 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
646 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
647 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
648 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die
649 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
650 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte,
651 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

652 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken - Prävention ein Leben lang

653 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
654 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
655 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
656 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
657 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
658 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen.
659 Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm machen krank.
660 Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen
661 Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche Bewegung gut in
662 den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern sportliche

663 Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt eine
664 Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen daher
665 künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
666 Gesundheit prüfen.

667
668 Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus diesem Grund sehen
669 wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in Berlin als wichtige
670 Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen, egal in welcher
671 Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das Präventionsgesetz bietet,
672 sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen vor Ort - im Kiez, den
673 Bezirken und dem Land orientieren und dort wo notwendig durch weitere Maßnahmen flankiert
674 werden.

675 HIV/Aids besiegen

676 Berlin hat das Ziel der Vereinten übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf
677 null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der Gesundheitsversorgung in
678 den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel für die kommenden Jahre
679 lautet „95-95-95-0“:

680 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
681 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
682 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
683 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
684 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert
685 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
686 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

687 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

688 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
689 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
690 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
691 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
692 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere
693 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
694 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
695 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
696 unterstützen und Frauen mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern.
697 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
698 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
699 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
700 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
701 gibt.

702 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
703 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen - egal, ob sie
704 alleinstehend oder verpartnert sind - von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
705 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

706 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
707 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
708 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
709 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von

710 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
711 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
712 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
713 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
714 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
715 gewährleistet werden. Wir kämpfen auf Bundesebene weiterhin für die Legalisierung von und
716 Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des sogenannten
717 Werbeverbots im Paragraphen 219a StGB sowie des Paragraphen 218, damit Ärzt*innen ohne
718 Restriktionen über die verschiedenen Methoden des Abbruchs informieren können und diese Teil
719 der medizinischen Ausbildung und Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr
720 Forschung zu Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche
721 über diese Thematik aufgeklärt werden.

722 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

723 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
724 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
725 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
726 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
727 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
728 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
729 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage entsprechend des mutmaßlichen Willens der
730 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
731 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am
732 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
733 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
734 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung
735 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
736 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
737 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
738 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
739 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
740 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

741 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

742 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26.2.2020 hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt,
743 dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung umfassend
744 gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde deshalb für
745 nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene Lebensende
746 treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und Beratung, auch
747 zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein entsprechendes
748 Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den Weg bringen.
749

750 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere
751 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven
752 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus
753 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und
754 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu
755 bewältigen.

756 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
757 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte

758 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
759 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie z.B. das
760 Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen Bestandteil des
761 psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung gilt für uns die
762 Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs-
763 und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den Sozialpsychiatrischen und
764 Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr aufsuchende Beratungs-,
765 Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch beeinträchtigte Menschen mit und
766 ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle Ressourcen. Wir wollen darüber
767 hinaus das psychosoziale Unterstützungsangebot für Geflüchtete bedarfsgerecht und
768 mehrsprachig ausbauen, sowohl in den Geflüchteten-Unterkünften als auch bei den aufsuchenden
769 psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das
770 Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen
771 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

772 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
773 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
774 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
775 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
776 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
777 zu bereits bestehenden Netzwerken in Berlin sichergestellt.

778 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege** 779 **stark**

780 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
781 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
782 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
783 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
784 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
785 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
786 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
787 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
788 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

789 Im Kiez verortet

790 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
791 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
792 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
793 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
794 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
795 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
796 Community hinaus zusammenbringen.

797

798 Einsamkeit vorbeugen

799

800 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
801 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
802 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
803 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
804 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die

805 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkter
806 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
807 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
808 das Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter, freiwillige Besuchsdienste und der Einführung von
809 präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken.
810 Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt zu anderen
811 aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote
812 kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es muss die
813 Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen zu
814 können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen
815 jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN-Anschlüsse in
816 Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort
817 sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

818 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

819 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
820 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
821 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir
822 fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
823 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
824 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
825 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
826 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohner*innenbeiräte von
827 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
828 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und
829 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
830 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
831 prüfen.

832 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
833 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
834 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
835 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
836 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
837 Pflegeeinrichtungen.

838 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
839 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
840 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
841 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
842 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
843 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
844 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die
845 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
846 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
847 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
848 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
849 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
850 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
851 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
852 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen

853 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
854 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

855 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

856 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
857 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
858 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
859 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
860 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
861 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
862 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
863 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
864 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
865 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege und Therapieberufe voranbringen und mehr
866 Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
867 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

868 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
869 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
870 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte.
871 Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner
872 Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und
873 berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet
874 werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin
875 schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im
876 Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb
877 oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten
878 Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen
879 möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten
880 nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren
881 Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen.

882 Pflegende Angehörige besserstellen

883 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
884 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
885 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
886 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
887 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
888 soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende
889 Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr bedacht werden. Das Kompetenzzentrum
890 Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend aus Selbstvertretungsgruppen
891 Pflegender Angehöriger und den Kontaktstellen PflegeEngagement beraten. Als Berliner
892 Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines
893 Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden
894 wir weiter Druck machen.

895 3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit 896 Behinderung

897 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
898 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
899 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
900 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperlichen, psychischen oder kognitiven
901 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
902 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
903 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
904 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
905 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
906 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

907 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
908 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
909 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
910 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
911 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
912 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
913 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
914 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
915 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
916 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

917 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

918 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
919 vorantreiben. Wir wollen in den "Häusern der Teilhabe" multiprofessionelle Teams
920 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
921 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen
922 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
923 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
924 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
925 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
926 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
927 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
928 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
929 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

930 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

931 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
932 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
933 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
934 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
935 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der
936 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
937 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
938 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und
939 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
940 vergeben.

941 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
942 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
943 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
944 Zukunftsperspektive zu finden.

945 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
946 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
947 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxen im
948 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
949 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
950 zu einer Bedingung machen.

951 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
952 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
953 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
954 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
955 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
956 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

957 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft - in Schule, Berufsschule
958 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
959 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
960 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
961 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
962 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
963 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

964 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
965 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
966 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
967 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
968 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer
969 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
970 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

971 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
972 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
973 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und
974 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
975 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

976 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
977 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

978 **3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung,** 979 **Unterstützung und Selbstbestimmtheit**

980 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
981 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
982 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
983 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
984 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
985 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

986 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

987 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit
988 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen
989 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen
990 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Tatsächlich ist die Unterscheidung
991 zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der anderen Seite nicht
992 sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht bis heute auf zum Teil
993 rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Drogenpolitik, die auf Fakten, statt
994 auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild geprägt gesundheitliche Schäden zu
995 mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt und selbstbestimmt zu konsumieren,
996 ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher Kriterien wäre eine Regulierung nach
997 tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein wichtiger Schritt – hier ist die
998 Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie Drogen konsumiert
999 werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in kriminalisierten,
1000 ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren. Ideologische
1001 Debatten lehnen wir ab.

1002 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

1003 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
1004 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
1005 Pilot-Projekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
1006 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
1007 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
1008 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
1009 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
1010 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
1011 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1012 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir
1013 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
1014 Substanzen.

1015 Aufklärung und Prävention ausbauen

1016 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, Drogenpolitik
1017 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
1018 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
1019 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir
1020 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
1021 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1022 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1023 von Glücksspiel oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1024 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den
1025 Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1026 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1027 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher*innen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1028 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1029 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1030 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1031 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1032 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1033 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf

1034 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1035 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1036 Beratung und Selbsthilfe stärken

1037 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1038 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1039 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1040 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1041 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1042 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nicht-binäre und trans Personen
1043 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1044 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1045 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1046 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1047 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1048 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1049 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1050 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1051 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1052 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1053 Illegalen Markt austrocknen

1054 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1055 Cannabis zu legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine Reform gibt, halten wir an
1056 unserem Ziel eines Modellprojektes zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in
1057 Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir
1058 anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen
1059 festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv.
1060 Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder zu mehr Ruhe und
1061 Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen verbessern. Frei
1062 gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich für die Bekämpfung der organisierten
1063 Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt
1064 wird.

1065 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

1066 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1067 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit
1068 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1069 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1070 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und
1071 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf dem
1072 Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1073 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt** 1074 **des Sportes**

1075 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1076 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1077 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1078 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder

1079 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1080 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1081 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1082 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir
1083 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1084 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1085 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1086 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1087 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

1088 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige,
1089 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1090 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1091 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1092 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1093 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig ihre
1094 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1095 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1096 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1097 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1098 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzesiegels für Vereine für notwendig.

1099 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

1100 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1101 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1102 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1103 wir das Sportförderungsgesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1104 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1105 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1106 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der "Sport- und Bewegungspark Tegel" sollen Vorzeige-
1107 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1108 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie
1109 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1110 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1111 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1112 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1113 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1114 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1115 kommenden Jahren weiterführen.

1116 Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart gesehen wird - E-Sport wird zum
1117 Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen seine Entwicklung mit Gamer*innen,
1118 Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen souveränen Umgang unterstützen. Dabei
1119 fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit
1120 im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-Sport-Standort ein.

1121 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

1122 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1123 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1124 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1125 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen

1126 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1127 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1128 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1129 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1130 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1131 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1132 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1133 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1134 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1135 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1136 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1137 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1138 widerspiegeln.

1139 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1140 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1141 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1142 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1143 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1144 Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebens-technik und gut für die
1145 Gesundheit

1146 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1147 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1148 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen "Schulschwimmzentren" auf
1149 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1150 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1151 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1152 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1153 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1154 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
1155 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
1156 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir
1157 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
1158 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
1159 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
1160 sind.

1161 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
1162 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches
1163 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und
1164 geschlechtliche Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss
1165 sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1166 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1167 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

1168 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1169 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1170 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1171 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige

1172 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1173 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1174 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch nötige Flächen in Erdgeschoss und
1175 gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs, Stadtteil-
1176 und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1177 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

1178 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1179 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1180 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1181 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1182 und schaffen „Familienservicebüro“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1183 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1184 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1185 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1186 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1187 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

1188 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1189 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1190 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1191 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1192 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1193 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1194 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1195 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1196 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
1197 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1198 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

1199 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1200 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1201 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1202 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1203 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
1204 dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1205 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1206 in vielen Care Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1207 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen - dazu zählt
1208 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den Ärzt*innen im
1209 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der
1210 Pflegeausbildung.

1211 5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten - bessere Personalausstattung

1212 Den Pakt für Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden wir nutzen und für mehr
1213 Personal und bessere Ausstattung einsetzen. Dies flankieren wir mit einer
1214 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1215 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1216 wollen wir die Public Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1217 Weiterbildungen zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,

1218 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1219 Berliner Hochschulen an.